

Freihandelsabkommen

als das Betriebssystem und Instrument der neoliberalen Weltordnung

– aus der Perspektive einer Kirche der Armen –

Autor: Dr. Willi Knecht

Selbstverständlich ist es längst überfällig, dass zwei weltweit bestimmende Handelsblöcke viele Hindernisse untereinander aus dem Weg räumen, damit Handel und Wandel besser funktionieren. Zu viele nationale Eigenheiten, Vorschriften, Einschränkungen und staatliche Eingriffe bremsen die Dynamik des freien Handels und die Wachstumskräfte, die notwendig sind, um auch in Zukunft im Wettbewerb mit aufstrebenden Mächten bestehen zu können. Zudem sind bessere Bedingungen für den freien Handel deshalb notwendig, um das stetige Wachstum generieren zu können, ohne das diese Art des Wirtschaftens nicht funktionieren kann. Und solange die Mehrheit unserer Bevölkerung noch Spargel, Mangos und Bananen zu jeder Jahreszeit und möglichst billig auf dem täglich schon überreich gedeckten Tisch haben will, wird diese Spirale sich weiterdrehen können. Und die Flüchtlingsströme werden noch weiter zunehmen, weil ihre Lebensgrundlagen zerstört werden.

Mit der zu Beginn der Neuzeit um 1500 beginnenden Eroberung der Welt durch die Europäer wurde auch deren Kosmvision zum Leitbild für alle anderen (nichtchristlichen) Völker und Kulturen erklärt. Der abendländischen Christenheit, ausgehend von griechischer Philosophie und römischem Recht auf unbeschränktes Privateigentum fiel es daher nicht schwer, die Eroberung fremder Völker und jahrhundertelange Sklaverei zu rechtfertigen. Auch die daraus entstandene neue Wirtschaftsordnung mit dem absoluten Vorrang des Kapitals - das Geld als Gott, wie Papst Franziskus dies nennt - wurde nun globalisiert. Nachdem spätestens seit den 80-er Jahren und verstärkt seit 1990 das Kapital und der freie Handel (Neoliberalismus) von den letzten Fesseln sozialer Verantwortung befreit wurden, nehmen die Verwüstung der Erde und die Vertreibung der Menschen exponentiell zu.

Die EU hat bereits Freihandelsabkommen mit Mexiko, Chile, Kolumbien, Peru sowie Zentralamerika geschlossen. Den „Entwicklungsländern“ wird angeboten, im Welthandel mitspielen zu dürfen. Die Spielregeln aber bestimmen die reichen Länder. Am Freihandelsabkommen der USA mit Mexiko (NAFTA, 1994) kann man sehen, welche Auswirkungen dieses Abkommen für Mexiko bisher hatte. Die 2.226 Artikel des Abkommens wurden unterzeichnet und traten sofort in Kraft, ohne dass die Abgeordneten in Mexiko und USA dies vorher einsehen konnten. Präsident Clinton versprach u.a. 200.000 neue Arbeitsplätze jährlich in den USA. Stattdessen wurden Arbeitsplätze abgebaut, z.B. bei den Autobauern und der Textilindustrie. Sie wanderten nach Mexiko ab, wo nun für die gleichen Arbeiten ein mexikanischer Arbeiter 4-6 Dollar am Tag erhält (12-Stunden-Tag, ohne rechtliche Absicherungen). Den Mexikanern wurde versprochen, dass ihnen nun der nordamerikanische Markt für ihre Agrarprodukte offen stünde. Stattdessen haben nordamerikanische Agrarkonzerne mit ihren vom Staat hoch subventionierten Produkten die mexikanischen Märkte überflutet und - wie in den USA selbst - die kleinbäuerliche Landwirtschaft ruiniert.

In ausgewählten Stichworten die Auswirkungen:

Verlust der Ernährungssouveränität (Grundnahrungsmittel müssen nun eingeführt werden, davon 80% aus den USA); Zusammenbruch der nationalen Fischerei; 60% der Mexikaner leben heute unter der Armutsgrenze; erzwungene Aufgabe der Sozialsysteme und Versicherungen; mehrheitlich nur noch informelle Beschäftigungen; eine extreme Zunahme von Gewalt und Gesetzlosigkeit; Anstieg der Anzahl der Superreichen um 600%; „Übernahme“ der Erdölförderung und des Finanzsektors durch US-Konzerne und US-Banken; Privatisierung kommunaler Einrichtungen (Wasser, Verkehr usw.); Entmachtung der Gewerkschaften, drastisches Schwinden der biologischen Vielfalt und flächendeckend industrielle Produktion genetisch veränderter Pflanzen (z.B. Viehfutter für Europa).

Am Beispiel von NAFTA lassen sich einige grundlegenden Mechanismen des Freihandels aufzeigen:

1. Die EU und noch mehr die USA schotten ihre eigenen Märkte ab, subventionieren ihre eigenen Produkte und zwingen die armen Länder, ihrerseits ihre Märkte zu öffnen – und zerstören damit die einheimischen Märkte.
2. Die Spielregeln werden von den Reichen diktiert, in Auswahl: Abbau von Schutzzöllen für die einheimische Wirtschaft; freier Zugang von Auslandsinvestitionen; eine durch Monokulturen gekennzeichnete und am Export orientierte Landwirtschaft; drastischer Abbau staatlicher Leistungen u.a. im Bildungs- und Gesundheitswesen; aggressive Privatisierung von Staatsbetrieben; Aufhebung staatlicher Vorschriften zum Arbeits- und Umweltschutz, u.a. (diese Regeln, diktiert von IWF und Weltbank, gelten schon seit 40 Jahren, nur hat sich dafür bei uns niemand interessiert).
3. Die Rechte und Freiheiten von („eigenen“) Konzernen und Finanzinvestoren werden geschützt. Sie stehen über dem Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Staaten. Die armen Länder werden auf ihre Rolle als „Vorratslager der Welt“ reduziert (Rohstoffe, Landflächen, Viehfutter usw.), auf das beliebig und in „voller Freiheit“ zugegriffen werden kann.

In Mexiko sprechen Bauernverbände und Indigena - Organisationen bereits von einer Zweiten Conquista: Den indigenen Völkern wird nun auch noch der letzte Wert geraubt: Das Recht auf eigene Ernährung, d.h. das Recht auf ihre heimischen Pflanzen. Mais ist nicht nur ein Grundnahrungsmittel, sondern hat einen sehr hohen kulturellen-religiösen Wert und ist Teil ihrer Identität. Ihre Angst: Wenige Konzerne werden das weltweite Monopol auf Nutzpflanzen und Tiere besitzen und können so die ganze Weltbevölkerung kontrollieren. Mexiko kann als Versuchslabor bzw. Modell verstanden werden, wie durch Freihandelsabkommen die Vormachtstellung „des Westens“ und seiner Werte stabilisiert werden kann. Konkreter: Der Staat hat lediglich die Funktion, „die Freiheit der Märkte“ zu garantieren und die Interessen der Investoren zu schützen. Die Interessen des Kapitals haben absoluten Vorrang. Zu dieser Wirtschaft und Politik gibt es keine Alternative, sie ist absolut.

Diese Maßnahmen und Verhaltensweisen sind das Ergebnis und die logische Folge der etablierten Weltordnung. Das Fundament ist eine ganz bestimmte Weltsicht (Ideologie, Glaube), die als absolut verstanden wird. „Freiheit“ ist einer ihrer Schlüsselbegriffe. Es gibt aber keine Freiheit „an sich“, wie es auch den Menschen „an sich“ nicht gibt. Ein Sklave versteht unter Freiheit etwas anderes als sein Besitzer, der für sich in Anspruch nimmt, frei über seinen Besitz verfügen zu können. Eine so verstandene Freiheit ist ein Mythos, es hat sie nie gegeben. Im Rahmen der bestehenden Welt- und Werteordnung haben einige wenige Menschen Startvorteile, die andere nicht werden aufholen können. Im so genannten „Freien Wettbewerb“ werden sie keine Chance haben. Das ist kein Missgeschick oder Zufall, sondern systemimmanente Logik und genauso gewollt.

Der Widerstand gegen eine solche Weltordnung kann ebenfalls als Ideologie oder Glaube bezeichnet werden. Christen aber, wenn sie Christen sind, bekennen sich zu diesem Glauben. An wen oder was wir glauben entscheidet über Leben und Tod. Die Option für die Armen – für die Opfer und nicht für die Sieger – ist nicht beliebig. Sie bildet den Kern der Worte und Taten Jesu, dem Christus. Ist es verwunderlich, dass dieser Glaube in Afrika oder Lateinamerika offenbar lebendiger ist als bei uns (und innerhalb der etablierten Kirchen)?

Von dieser christlichen Perspektive aus ist das geplante Freihandelsabkommen zwischen USA und EU zu deuten. Katholische Basisgruppen in Lateinamerika bezeichnen daher Freihandelsabkommen als „das Betriebssystem und das Instrument der neoliberalen Weltordnung“. Von deren Standpunkt aus, der auch von einigen Bischöfen geteilt wird, bedeutet das nun geplante Freihandelsabkommen USA – EU eine weitere Verschlechterung für die Menschen in Lateinamerika (und Afrika, Asien). Es bedeutet noch mehr Extraktivismus („Entwicklungsmodell“, das auf der Ausbeutung von Rohstoffen beruht, wie Bergbau, etc.), noch mehr industrielle, rein exportorientierte Landwirtschaft und damit noch mehr Vertreibung, noch mehr Zerstören der kleinbäuerlichen Landwirtschaft, noch mehr Ausbeutung

(prekäre Arbeitsverhältnisse, noch mehr Sozialabbau, weil unproduktiv) und mehr Ausplünderung der natürlichen Lebensgrundlagen von Mensch und Natur.

Was bisher schon USA und EU jeder für sich praktiziert haben, soll nun u.a. durch die Einführung einheitlicher Standards besser abgestimmt und somit noch effektiver werden. Wenn aber ein System, das schon jetzt wachsende Ungleichheit produziert (alle Statistiken belegen dies), sowohl global als auch innerhalb der einzelnen Länder in Nord und Süd, optimiert werden soll, werden auch die Ungleichheiten optimiert. Die Kluft zwischen arm und reich, lokal wie global, wird noch größer als bisher. TTIP kann für die Wirtschaft und Finanzinvestoren in den USA und der EU zum Segen werden. Für die Menschen in der globalen und lokalen Peripherie wird sie zum Fluch. Sie suchen Zuflucht, aber wir verriegeln unsere Türen (und Herzen).

Papst Franziskus: „Wir befinden uns mitten im Dritten Weltkrieg, aber auf Raten. Es gibt Wirtschaftssysteme, die Krieg führen müssen um überleben zu können. Damit sanieren sie die Bilanzen einer Wirtschaftsweise, die Menschenopfer darbringt, um ihren Götzen zu huldigen. ... Sie denken nicht an die hungernden Kinder, sie denken nicht an die zwangsweise Umgesiedelten, nicht an die zerstörten Wohnungen und nicht an so viele Menschen, denen ein würdiges Leben verweigert wird.“ (Ansprache an die Volksbewegungen am 28. 10. 2014).

Diese authentisch christlich-biblische Perspektive ist ansatzweise schon im Konzil, dann aber vor allem von der lateinamerikanischen Kirche wiederentdeckt worden. Das bedeutet, aus der Perspektive derer, die unter die Räuber gefallen und ausgeschlossen sind, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft zu analysieren und im Lichte der Botschaft und der Praxis Jesu Christi neu zu deuten. Das ist unser Auftrag als Christen in dieser Welt: Zeugnis abzulegen von einem „Neuen Himmel und einer Neuen Erde“.

Zusätzliches Wachstum durch TTIP – und für wen?

Das Transatlantische Freihandelsabkommen (**Transatlantic Trade and Investment Partnership**) zwischen den USA und der EU erhitzt die Gemüter. Selten gingen wegen eines Handelsabkommen so viele Bürger auf die Straße, denn sie ahnen: Hier geht es um mehr als ein bloßes Handelsabkommen. Es geht um die Frage, wie wir in Zukunft leben wollen. Es ist eine Frage nach den Werten, die uns leiten. Es geht um unser Verhältnis zu Natur und Umwelt, zur Art und Weise unseres Wirtschaftens und unseres Zusammenlebens in Gesellschaft und Staat.

Dazu ein „winziges“ Beispiel: Am 1. April 2015 trat in Baden-Württemberg - fast unbeachtet - eine Verordnung für nachhaltige Beschaffung in Kraft. Land und Kommunen dürfen und sollen bei öffentlichen Ausschreibungen Sozial- und Umweltstandards berücksichtigen, z.B. keine Produkte aus Kinderarbeit. Dies ist ein großer Erfolg der Zivilgesellschaft, deren Vorschläge für neue „Entwicklungspolitische Leitlinien des Landes Baden-Württemberg“ nahezu identisch vom Landtag übernommen wurden. Die beiden großen Kirchen leisteten einen großen Beitrag. Aber ein solches Engagement widerspricht dem „Geist von TTIP“ und könnte in Zukunft ins Leere laufen.

Auch in Kommunen und Landkreisen formiert sich daher der Widerstand gegen TIPP. Denn die USA und europäische Konzerne wollen ungehinderten Zugang zur öffentlichen und kommunalen Wasser-, Energie- und Verkehrswirtschaft in Europa. Das liegt in der Konsequenz einer Ideologie, die wie ein Mantra heruntergebetet wird: Immer mehr Privatisierung und immer weniger Staat. Wenn aber die öffentliche Daseinsfürsorge und öffentliche Güter, die dem Gemeinwohl aller dienen, vorrangig der Profitmaximierung privater Konzerne unterworfen sind, werden sie zum Spielball von Spekulationen und den Interessen von einigen Wenigen. Das, was eine Gemeinschaft im Grunde zusammenhält, gerät in Gefahr zu verschwinden bzw. zerstört zu werden. Die Gesellschaft wird noch mehr gespalten.

Im geplanten Handelsabkommen bestimmen allein die Konzerne, wie, wo und unter welchen Kriterien sie investieren. Die Mitsprache der Bürger in ihren ureigenen Angelegenheiten wäre in

Gefahr. Die „Freiheit der Märkte“ und die Interessen der Konzerne (Wirtschaft) sind sakrosankt, denn nur sie garantieren – so die herrschende Lehre – Wachstum, Wohlstand und Sicherheit. Inzwischen gibt es zahlreiche Stellungnahmen zum geplanten Handelsabkommen. Bürgerinitiativen, Kirchen, Verbände und Kommunen äußern darin ihre Überlegungen, Bedenken und Kritikpunkte. Daher hier die zehn am meisten genannten Kritikpunkte, vornehmlich aus kirchlichen Kreisen (oft Basisgruppen):

- Schiedsgerichte: Konzerne könnten Staaten auf Schadensersatz in Milliardenhöhe verklagen, wenn ihre Gewinnpläne von demokratischen Entscheidungen durchkreuzt werden.
- Verbraucherschützer befürchten einen Wettlauf zum Abbau der Anforderungen an Sicherheitstests von Gebrauchsgütern und Lebensmitteln.
- Abbau von sinnvollen Regelungen und Subventionen, die dem Ziel einer Wirtschaft im Dienste des Menschen und einer Lebensweise im Einklang mit Natur und Mitmensch dienen.
- Zunehmende Privatisierung von lebenswichtigen Leistungen wie Wasserversorgung, Energie, Abfall, Verkehr, Gesundheitsversorgung und Bildung.
- Ausbau der industriellen Landwirtschaft zu Lasten der kleinbäuerlichen (Bio-) Landwirtschaft.
- Einseitige Bevorzugung von Gentechnologie und Extraktivismus (u.a. Fracking).
- Weitere Deregulierung von Finanzdienstleistungen (u.a. Gefahr für Genossenschaftsbanken) und Abbau sozialer Standards für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen.
- Patentierung (Eigentumsrechte) von genmanipulierten Pflanzen und Medikamenten.
- Einschränkungen demokratischer Grundrechte und demokratischer Selbstbestimmung.
- Auswirkungen auf arme Länder und deren Ernährungssouveränität (Landraub, Bergbau etc.). Agrarkonzerne der USA und EU werden ihre globale Vormachtstellung ausbauen können.

Grundsätzlich wird befürchtet, dass die demokratische Willensbildung der „Freiheit der Konzerne“ untergeordnet wird. Kultur (Literatur, Musik), Bildung und Datenschutz werden rein ökonomischen Kriterien („muss Gewinn bringen“) unterworfen. Bio- und andere Labels gelten als Behinderung des freien Wettbewerbs. Einem aus Lobbyisten gebildeten Regulierungsrat wird das letztgültige Entscheidungsrecht (Unternehmen quasi als „Gesetzgeber“) übertragen. Widerstand wird als Rückfall in eine unfreie Gesellschaft diffamiert. Auffallend ist, dass die Auswirkungen auf die arm gemachten Länder fast nicht thematisiert werden, am ehesten aber noch in kirchlichen Stellungnahmen.

„Dies alles geschieht, wenn im Zentrum der Wirtschaft nicht der Mensch steht, sondern Mammon, das Geld als Gott. Im Zentrum der gesamten Gesellschaft muss aber die menschliche Person stehen, das Ebenbild Gottes - geschaffen, um dem Universum einen Sinn zu geben. Wenn der Mensch zur Seite gedrängt und Mammon an seine Stelle gesetzt wird, dann kommt es zur Umkehr aller Werte.“

Die staatstragenden Parteien befürworten das Handelsabkommen, wenn auch mit Einschränkungen und dem Vorbehalt von Korrekturen. Sie befürchten den Abstieg Europas im Wettbewerb mit den Schwellenländern. Sie fürchten um Wachstum und Wohlstand. Es geht ihnen zudem um die „Verteidigung unserer Werteordnung“, die seit 500 Jahren darin besteht, andere Völker „in aller Freiheit“ ausbeuten zu dürfen.

Auch die deutschen Kirchen (-leitungen) setzen weiterhin auf Wachstum. Für Kardinal Marx ist ein allerdings erheblich verbessertes TTIP notwendig, um besser und nachhaltiger wachsen zu können und um die europäische Wirtschaft in Partnerschaft mit den USA konkurrenzfähig zu halten.

Sind wir als deutsche Kirche vielleicht doch noch zu sehr von wirtschaftlichem Wachstum abhängig? Es ist höchste Zeit (ein Zeichen der Zeit), wieder den Anschluss zu finden, anschlussfähig nicht zum herrschenden Mainstream der herrschenden Weltordnung, sondern anschlussfähig an eine „Kirche der Armen“, an Papst Franziskus und an alle Bewegungen, die im Widerstand gegen die „Götzen dieser Welt“ aufstehen. Eine Kirche, die ihr Vertrauen – de facto – vorrangig in ihren Besitz und irdische Güter und Werte setzt, kann nicht die Kirche Jesu Christi sein.

Auf der Zweiten Generalversammlung der lateinamerikanischen Bischöfe in Medellín (1968) wurde der Geist des Konzils konkret auf die Lebenswirklichkeit der Menschen angewandt. Die Bischöfe kamen zu dem Schluss: So wie die Menschen in Lateinamerika leben, als arm Gemachte, das ist nicht der Wille Gottes. Das ist eine Ungerechtigkeit, die zum Himmel schreit. Gott will nicht, dass Kinder verhungern, obwohl es Nahrungsmittel im Überfluss gibt. Diese theologische und gesellschaftspolitische Analyse wurde so in Europa und speziell in Deutschland nicht durchgeführt. Wäre dem so gewesen, hätte man sich vielleicht als eine Kirche entdeckt, die selbst in ein ausbeuterisches System eingebunden ist und von den herrschenden Verhältnissen mit profitiert. Das wäre eine sehr bittere Selbsterkenntnis gewesen. Aber gerade diese Einsicht ist notwendig, sonst kann es keine Umkehr geben. Als Christen sind wir nicht von dieser Welt, aber mitten in diese Welt gesandt, um sie im Geist Jesu Christi zu verwandeln.

„Einige von euch haben es so ausgedrückt: Dieses System kann man nicht mehr ertragen. Wir müssen es ändern. Wir müssen die Würde des Menschen wieder ins Zentrum rücken und dann auf diesem Pfeiler die alternativen gesellschaftlichen Strukturen errichten, die wir brauchen. Hartnäckig sein, aber ohne Fanatismus. Leidenschaftlich, aber ohne Gewalt. Wir brauchen dazu viel Mut, aber auch Intelligenz. Wir Christen haben etwas sehr Schönes, eine ‚Gebrauchsanweisung‘, ein revolutionäres Programm gewissermaßen. Ich rate euch sehr, es zu lesen....!“

Beide Zitate aus der Ansprache des Papstes auf dem „Welttreffen der Volksbewegungen“, 28. 10. 14, eigene Übersetzung). Siehe auch den Beitrag in drs.global 3/2015: „Freihandelsabkommen als das Betriebssystem und Instrument der neoliberalen Weltordnung – aus der Perspektive einer Kirche der Armen“.

Anmerkung:

Der 1. Artikel erscheint in „drs.global.de“ (Achtung: dies ist nicht die Webadresse, sondern der Titel des Quartalsnewsletter der Diözese), gleiche Verbreitung siehe unten.

Der Artikel ist ein Grundsatzartikel aus der „Perspektive der Peripherie (des Südens)“ und somit Ausdruck einer authentisch-christlichen Option (im Gegensatz zu Verlautbarungen der Amtskirchen und deren Hoftheologen.

Der 2. Artikel erscheint in „Der Geteilte Mantel“, dem weltkirchlichen Magazin der Diözese Rottenburg-Stuttgart (drs). Jährliche Erscheinungsweise, wird kostenfrei verschickt (per Post und elektronisch) an Kirchengemeinden, kirchliche Einrichtungen, Verbände etc.; Auflage über 10.000). Der Artikel ist als Antwort und Stellungnahme der Kath. Ortskirche auf die Position der Landesregierung von BW zu werten, die in derselben Ausgabe ebenfalls veröffentlicht wird.

Beide Artikel von Willi Knecht, u.a. Mitglied im Redaktionsteam beider „Organe“